E-01-295 Ja zu Europa, Mut zur Veränderung - Europas Zukunft gemeinsam gestalten

Antragsteller*in: Werner Hager (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)

Änderungsantrag zu E-01

Von Zeile 294 bis 300:
geben, dass eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangeht, um Blockaden einzelner Bremser zu umgehen. ~~Auch wollen wir keine EU, die in jedem Bereich bis ins Kleinste vorschreibt, was zu tun oder zu lassen ist. Öffentliche Daseinsvorsorge und kommunale Selbstverwaltung müssen weiterhin vor Ort gestaltet werden. Deshalb vertreten wir das Prinzip der Subsidiarität. Da jedoch nahezu alle Lebensbereiche von gemeinsamen europäischen oder internationalen Vereinbarungen geprägt sind, darf Subsidiarität nicht zum Deckmantel des Unwillens werden, mit anderen Ländern in Europa oder der Welt Kompromisse einzugehen.~~Wir wollen eine EU, in der Entscheidungen an der Stelle stattfinden, die hierüber am besten befinden kann, aber auch eine EU mit gemeinsamen, hohen Sozialstandards. Auf welcher Ebene Entscheidungen fallen, muss politisch ausgehandelt werden. Räte sind für uns der Ort, an dem am besten entschieden werden kann, wie eine soziale Infrastruktur vor Ort gestaltet werden soll. Wir wollen jedoch keinen Standortwettbewerb um die niedrigsten Standards und die billigste Infrastruktur.

Begründung

Subsidiarität ist das Primat der untersten Ebene. Diese ist häufig aber nicht demokratisch legitimiert. Wenn aber "Public Services under Public Control" gestellt werden sollen, muss auch die Öffentlichkeit entscheiden können, auf welcher Ebene Entscheidungen fallen sollen und einen Umbau der Institutionen angehen können.

Hinzu ist der Begriff der Daseinsvorsorge ein Begriff ohne Entsprechung in anderen Ländern, der in EU-Texten nicht verwendet werden sollte.

Weitere Antragsteller*innen

Jürgen Langenbrucher (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Hans-Jürgen Klein (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Ursel Klein (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Ulli Ehren (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Beate Rickes (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Dirk Weber (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Marc Nohl (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Maik Aussendorf (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Helmut Schmidt (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Carola Eichbaum (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Jürgen Klippert (KV Hagen); Rudolf Ladwig (KV Hagen); Gudrun Pannir (KV Berlin); Martin Conen (KV Aachen); Ruth Birkle (KV Karlsruhe-Land); Thomas Diehl (KV Mönchengladbach); Gisela Weih (KV Solingen); Sonja Rothweiler (KV Karlsruhe-Land); Gabriele Aumann (KV Karlsruhe-Land)